

"Die Zielvereinbarungen mit der Wirtschaft liefern sehr gute Resultate" : Interview

Autor(en): **Steinmann, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energieia : Newsletter des Bundesamtes für Energie**

Band (Jahr): - **(2005)**

Heft 1

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-638346>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Die Zielvereinbarungen mit der Wirtschaft liefern sehr gute Resultate»

«Es ist Aufgabe des Bundesamts für Energie darüber nachzudenken, wie sich die Produktion und der Konsum von Energie langfristig verändern werden», sagt Walter Steinmann, Direktor des Bundesamts für Energie BFE, im Interview mit *energeia*. Im Programm «Energieperspektiven 2035/2050» sieht Steinmann die Chance, die Weichen der energetischen Zukunft der Schweiz richtig zu stellen – zumal dort auch die Jugend zu Wort kommt.

energeia: Herr Steinmann, das BFE steht auch 2005 vor der schwierigen Aufgabe, mit weniger Mitteln mehr Wirkung zu erzielen. Wo setzen Sie die Schwerpunkte?

Walter Steinmann: Der Bundesrat hat im Dezember 2004 die Botschaft zum Gesetz über die Stromversorgung verabschiedet. Das Gesetz wird 2005 im Parlament behandelt. Hier wollen wir auf eine Lösung hinwirken, die eine geordnete Marktöffnung zulässt, den Kleinkonsumenten die Versorgungssicherheit garantiert und Hand zu einer glaubwürdigen Förderung erneuerbarer Energien bietet.

Ein weiteres wichtiges Dossier ist die Standortfrage für die Entsorgung hochradioaktiver Abfälle: Das UVEK erarbeitet zurzeit Grundlagen für ein neues Auswahlverfahren für geologische Tiefenlager, das in einem Sachplan festgeschrieben wird. 2005 werden zudem die Ergebnisse der behördlichen Überprüfung zum Entsorgungsnachweis eines geologischen Tiefenlagers im Zürcher Weinland öffentlich aufgelegt.

energeia: Sie erwähnen das Stromversorgungsgesetz – bereits drohen Vertreter der Industrie und der Gewerkschaften mit dem Referendum.

Walter Steinmann: Wir werden nach der parlamentarischen Debatte eine tragfähige Vorlage haben. Davon bin ich überzeugt. Zudem wollen die Gewerkschaften auf das Referendum verzichten, sollte in der Vorlage die Option eines fakultativen Referendums vor der vollständigen Marktöffnung im Jahr 2012 bestehen bleiben. Was die Wirtschaft betrifft: Sie wäre



sicher in der Lage, ein Referendum zu finanzieren. Doch ist sie auch bereit, ein Referendum zu führen?

energeia: EnergieSchweiz ist bei der Halbzeit angelangt. Was hat das Programm bis anhin bewirkt?

Walter Steinmann: Das Programm wirkt sich positiv auf die Volkswirtschaft aus: Aktuelle Zahlen zeigen, dass 2003 die Massnahmen im Bereich der energieeffizienten Technologien und der erneuerbaren Energieträger ein Investitionsvolumen von rund 800 Millionen Franken ausgelöst haben.

Hervorstechend sind auch die Partnerschaften im Rahmen von EnergieSchweiz. So liefern die freiwilligen CO₂-Zielvereinbarungen der Energieagentur der Wirtschaft sehr gute Resultate. Die Agentur hat mittlerweile bereits 600 Betriebe in Vereinbarungen eingebunden, die rund 25 Prozent des CO₂-Ausstosses der Schweizer Wirtschaft umfassen. Schliesslich konnten dank EnergieSchweiz die CO₂-Emissionen in der Schweiz reduziert werden.

energeia: Trotzdem – Ohne zusätzliche Massnahmen kann die Schweiz ihre klimapolitischen Ziele nicht erreichen.

Walter Steinmann: Ja, das ist richtig. Daher ist es wichtig, dass wir in den nächsten fünf Jahren die Topprojekte von EnergieSchweiz weiter fördern und überlegen, welche Rahmenbedingungen nötig sind, damit die Industrie vermehrt mit eigenen Ressourcen zur CO₂-Reduktion beiträgt.

energeia: Könnte eine solche Rahmenbedingung die CO₂-Abgabe oder der freiwillige Klimarappen auf Treibstoffen sein?

Walter Steinmann: Eine CO₂-Abgabe wäre ein erster wichtiger Schritt hin zum nachhaltigen Umgang mit Energie. Ob die CO₂-Abgabe heute politisch bereits möglich ist, muss sich zeigen. Faktum ist: Länder, die

«LÄNDER, DIE FRÜHZEITIG DIE WEICHEN IN RICHTUNG NACHHALTIGKEIT GESTELLT HABEN, ZIEHEN MITTEL- BIS LANGFRISTIG EINEN VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN NUTZEN DARAUS.»

frühzeitig die Weichen in Richtung Nachhaltigkeit gestellt haben, ziehen mittel- bis langfristig einen volkswirtschaftlichen Nutzen daraus. Deutschland etwa ist bei der Förderung erneuerbarer Energien bereits sehr weit fortgeschritten.

energeia: Das BFE muss künftig auf die Finanzierung von Pilot- und Demonstrationsprojekten verzichten. Kann die Industrie die hier entstehende Lücke im sensiblen Bereich des Technologietransfers selber schliessen?

Walter Steinmann: Natürlich bedauern wir diesen Schritt sehr. Doch

hoffen wir, dass Partner aus der Industrie sowie andere öffentliche Institutionen – wie zum Beispiel die Förderagentur für Innovation KTI – in die Bresche springen können. Von der Stromwirtschaft liegt das Versprechen vor, sich in diesem Bereich stärker zu engagieren: Sie will einen Fonds gründen und P&D-Projekte mit Aussicht auf Erfolg unterstützen. Das BFE wird in diesem Jahr Gespräche mit der Stromwirtschaft führen, um die Aktivitäten des Fonds mit jenen der BFE-Forschungspolitik zu koordinieren.

energeia: Mit den Energieperspektiven 2035/2050 will das BFE langfristige Szenarien der nachhaltigen Energieversorgung und Energieeffizienz zeichnen. Welches sind die zentralen Themen?

«DEM BFE KOMMT DIE ROLLE ZU, DIE KONSEQUENZEN VON GRUNDSATZENTSCHEIDUNGEN AUFZUZEIGEN.»

Walter Steinmann: Es ist unsere Aufgabe darüber nachzudenken, wie sich der Energieverbrauch und die Energieproduktion langfristig verändern werden. Unser aktueller Zeithorizont sind die Jahre bis 2035 und die Vision der 2000-Watt-Gesellschaft im Jahr 2050. Eine 2000-Watt-Gesellschaft bedeutet, dass wir die CO₂-Emissionen um zwei Drittel reduzieren und gleichzeitig möglichst viel Energie aus den erneuerbaren Quellen forcieren.

Das Projekt soll nun mithelfen, Antworten auf dringende Fragen zu finden: Welche Energieträger wollen wir künftig für die inländische Stromproduktion einsetzen? Wollen wir verstärkt in die Energieeffizienz investieren? Wie gross soll in der Stromversorgung die Abhängigkeit vom Ausland sein?

energeia: Welche Rolle spielt das Forum Energieperspektiven im Projekt?

Walter Steinmann: Die Energieperspektiven bieten die Chance, das Thema «Energie» mit der Wirtschaft, den Umweltverbänden und der Politik zu diskutieren und wissenschaftliche Resultate kritisch zu hinterfragen.

Dieser Austausch findet im Forum Energieperspektiven statt. Es wird uns aufzeigen, welche der begehbaren Wege hin zum Jahr 2035 politische Mehrheiten finden könnten.

Gleichzeitig haben wir ein Jugendforum ins Leben gerufen. Dort kann sich die Jugend, die dann 2035 an den Schalthebeln der Macht in Wirtschaft und Politik sitzen wird, zur energetischen Zukunft der Schweiz äussern.

energeia: Experten sprechen davon, dass der Schweiz ab 2020 aufgrund der Stilllegung von Kernkraftwerken eine Versorgungslücke droht. Welche Optionen stehen uns zur Verfügung, um dieses Szenario zu verhindern?

Walter Steinmann: Die Diskussion über die Versorgungssicherheit muss

nun rasch auf politischer wie gesellschaftlicher Ebene geführt werden. Dem BFE kommt dabei die Rolle zu, die Konsequenzen von Grundsatzentscheidungen aufzuzeigen.

Was die Möglichkeiten im Einzelnen betrifft: Die Option Kernenergie ist weiterhin ein Thema, ebenso der Einstieg in Gas-Kraftwerke. In Chavalon im Unterwallis ist ein Projekt für ein Gaskombi-Kraftwerk vorhanden, das auch in der betroffenen Region eine Mehrheit finden könnte. Der Ausbau der Wasserkraft und der erneuerbaren Energien sind weitere Optionen. Wir müssen zudem die Rolle der Schweiz im künftigen europäischen Strommarkt neu definieren und klären, ob wir dereinst nur noch Strom für den Eigengebrauch produzieren wollen. Und schliesslich müssen wir unsere Anstrengungen im Bereich der Energieeffizienz und im sparsamen Umgang mit Energie weiter vorantreiben und vertiefen.

energeia



BFE-Direktor Walter Steinmann

75 Jahre Bundesamt für Energie

Das Bundesamt für Energie BFE feiert am 1. Oktober 2005 sein 75-jähriges Bestehen. Chronologie einer Amtsgeschichte:

1921: Mittels Postulat fordert Nationalrat Gottfried Gnägi (BGB) den Bundesrat auf, Massnahmen zu ergreifen, um eine rationelle und planmässige Entwicklung der Elektrizitätsversorgung zu sichern.

JANUAR 1930: Der Bundesrat beschliesst die provisorische Schaffung des Eidgenössischen Amtes für Elektrizitätswirtschaft und unterstellt es dem Post- und Eisenbahndepartement.

1. OKTOBER 1930: Das Amt nimmt seine Tätigkeit auf. Erster Amtsdirektor ist der Elektroingenieur Florian Lusser.

1. JANUAR 1961: Der Bundesrat überträgt die Leitung des Amtes dem Fürsprecher Hans Rudolf Siegrist.

6. MÄRZ 1961: Aus dem Amt für Elektrizitätswirtschaft wird das Amt für Energiewirtschaft.

14. DEZEMBER 1962: Das Post- und Eisenbahndepartement wird in Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement EVED umbenannt. Gleichzeitig erhält das Amt für Energiewirtschaft eine gesetzliche Grundlage.

1. NOVEMBER 1977: Die Direktion des Amtes geht an den promovierten Nationalökonom und Ingenieur Eduard Kiener über.

23. SEPTEMBER 1990: Der Energieartikel wird in der Bundesverfassung verankert.

1990: Bundesrat Adolf Ogi lanciert das nationale Aktionsprogramm Energie 2000 mit dem Ziel, die rationelle Energieverwendung und den Einsatz erneuerbarer Energien zu fördern.

JANUAR 1998: Aus dem EVED wird das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK. Das Bundesamt für Energiewirtschaft wird in Bundesamt für Energie BFE umgetauft.

1. JANUAR 1999: Die Landesregierung setzt das Energiegesetz und die Energieverordnung in Kraft.

JANUAR 2001: Auf Energie 2000 folgt EnergieSchweiz, das partnerschaftliche Programm für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien.

1. JULI 2001: Der promovierte Nationalökonom Walter Steinmann löst den in den Ruhestand getretenen Eduard Kiener an der Spitze des Bundesamts für Energie ab.